

„Wenn die Optik passt, ist es okay“

Bauausschuss stimmt für eine Solaranlage auf dem Kirchendach

Von Franz Gilg

Tann. Der Bau- und Umweltausschuss des Marktrates hat nichts gegen die Errichtung einer Solaranlage auf dem Dach der Wallfahrtskirche St. Peter und Paul. Nach kurzer Diskussion fiel das Ergebnis in der Sitzung am Mittwoch einstimmig aus.

Wie berichtet, plant Pfarrer Wolfgang Reincke diese Maßnahme, um Heizkosten einzusparen und gleichzeitig etwas Gutes für die Umwelt zu tun. Rechtlich ist es inzwischen möglich, denkmalgeschützte Gebäude mit PV-Modulen zu bestücken. Auch die Diözese Passau hat nichts dagegen. Nun muss noch das Landesamt für Denkmalschutz seine Zustimmung erteilen. Im Zuge des Verfahrens ist dazu eine Stellungnahme der Marktgemeinde notwendig.

Vorhaben wurde kontrovers von den Bürgern diskutiert

Bürgermeister Wolfgang Schmid verlas den Antrag des Pfarrers, der aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Sitzung teilnehmen konnte. Darin führt Reincke aus, dass es ein sinnvoller Schritt wäre, in Zeiten des Klimawandels und hoher Energiepreise auch auf Immobilien der Kirche sauberen Strom zu produzieren. Dabei werde nicht in die Bausubstanz eingegriffen. Es handelt sich um die Südseite der Dächer von Kirche, Pfarrhof und Leichenhaus, die nur aus einer Richtung einsehbar sei. Weil das Kirchendach ohnehin sehr dunkel ist, würde der Unterschied kaum auffallen. Zudem könnte man Module ohne silbernen Rand verwenden.

Der Pfarrer ist noch in der Sondierungsphase. Um weiter planen zu können, braucht er einen



Auf dem sowieso dunklen Dach der Pfarrkirche würden dunkle PV-Module kaum auffallen, findet der Pfarrer. Es sollen auch Module ohne silbernen Rand verwendet werden. – Foto: Bach

Grundsatzbeschluss des Bauausschusses. Der Bürgermeister teilte mit, das Thema werde in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. „Auch ich dachte zuerst: Das geht gar nicht.“ Inzwischen aber habe sich seine Meinung geändert. Mit ihrer Zustimmung könne die Marktgemeinde ein Signal setzen.

Helmut Reichholf bemerkte, er werde das Vorhaben mittragen, zweifle aber am Ziel des Pfarrers, mit den drei Anlagen jährlich 6000 Liter Heizöl einzusparen. „Im Winter, wenn man den Strom braucht, liefern sie einfach zu wenig Leistung.“ Ob sich die Investition mit der Einspeisevergütung rechnet, muss noch ermittelt wer-

den. Im Gremium zeigte man sich verwundert über das Umdenken des Denkmalamtes, welches wohl auch durch politischen Druck zustande gekommen sei. Laut Anton Hennersberger wäre so ein Antrag vor fünf Jahren undenkbar gewesen. „Aber wenn die Optik passt, ist es okay.“ Anschließend erteilte der Ausschuss sein Einvernehmen.

Ein weiterer Antrag der Pfarrei wurde bei der Sitzung besprochen. Im Pfarrgarten, beim ehemaligen Kooperatorhaus, soll ein Nebengebäude entstehen. Der Pfarrer schreibt in seiner Stellungnahme, man wolle das Areal sinnvoll nutzen und auch für Veran-

staltungen öffnen. So diene der Bau als Lager für Gerätschaften und enthalte eine behindertengerechte öffentliche Toilette. Zusätzlich sollen weitere Parkplätze entstehen. Langfristig hätte man sogar die Möglichkeit, das Kriegerdenkmal zu versetzen, um noch mehr Platz zu schaffen. Laut Bürgermeister Schmid fügt sich das Gebäude gut in die Umgebung ein, weshalb es auch hier ein „Ja“ gab.

Eiberg: Telefonkabel bei Gehwegbau beschädigt

Einen Sachstandsbericht zum Neubau des Gehwegs in Eiberg gab Bauamtsleiter Sebastian Brunner. Dort hat ein Bagger versehentlich das Telefonkabel ausgegraben und beschädigt. Nachdem dieses erst nächste Woche durch die Telekom repariert werden kann, ruht die Baustelle derzeit. So konnte für diesen Zeitraum auch die Vollsperrung der Straße aufgehoben werden. Die Verzögerung durch die Panne beträgt etwa eine Woche.

Ferner teilte Brunner mit, dass auch eine Auflage vom staatlichen Bauamt umgesetzt werde: Die barrierefreie Gestaltung des Weges bringe Mehrkosten von 3000 bis 4000 Euro mit sich. Man rechnet mit einer Fertigstellung der Maßnahme bis spätestens Ende November. Bis dahin besteht die ausgewiesene Umleitung.

Allerdings gibt es für ortskundige Autofahrer eine gern genommene Abkürzung über schmale Gemeindefahrstraßen. Nachdem dort 100 km/h erlaubt sind, diskutierte der Ausschuss ein mögliches Tempolimit, um dem zunehmendem Verkehr Rechnung zu tragen. Man beschloss, in Abstimmung mit Polizei und Bauhof 60er-Schilder aufzustellen.